

Englische Zustände - bald auch hier?

von Renate Merklein

Vor allem unter den Deutschen ist das Urteil oft herablassend bis gönnerhaft, das Urteil über das einstmals reichste, freieste und tüchtigste Volk dieser Erde. Großbritannien, das ist für viele Bundesbürger der Ort der Müllberge, der wilden Streiks, der Anarchie. Die einst wegen ihrer Dynamik gerühmte und gefürchtete Inselnation, das ist für viele Kontinental-Europäer jetzt nur noch eine Gesellschaft wie aus dem Museum, mit verstaubter Struktur und vorgestrigen Institutionen. Es ist eine Gesellschaft, in der freilich auch heute manchmal noch das nie Dagewesene und das fast Unmögliche gewagt wird — wie jetzt, da der erste weibliche Premierminister des Landes die sogenannte englische Krankheit zu kurieren versucht, obwohl die Erfolgchance klitzeklein ist und das Risiko zu scheitern riesengroß.

Doch sind die Symptome jenes gesellschaftlichen Zustandes, der in Britannien bislang die Initiative lähmt, eine geordnete und erfolgreiche Produktion verhindert, den Lebensstandard und auch das allgemeine Wohl der Bürger niederdrückt, wirklich nur eine von den typisch englischen Sachen — eine Kuriosität mehr in einem Land, das so reich ist an liebenswerten und auch an manchen nervenden Kuriositäten?

Ist der übrige Westen, speziell der Westen Deutschlands dagegen so gut wie sicher gefeit? Gibt es hierzulande wirklich nur Anlaß, mit einer Mischung aus leiser Verachtung und nachsichtigem Spott den neuesten Verlauf der englischen Krankheit zu registrieren, und keinerlei Grund, auch daheim Anzeichen solcher Malaisen zu fürchten oder gar schon zu spüren?

Gewiß, im Vergleich zu jenen gesellschaftlichen wie ökonomischen Umständen, unter denen die Briten nun schon seit einiger Zeit leben müssen, herrschen in Westdeutschland immer noch beinahe rosa Zeiten. Was England plagt, sind hierzulande eher noch Raritäten. Noch sind absurde Streiks, deren Sinn bestenfalls der sie ausrufende Gewerkschaftsfunktionär versteht oder zu verstehen vorgibt, eher die (wenn auch zunehmende) Ausnahme; noch ist nicht die Regel, daß kleine Gruppen den großen Rest tyrannisieren.

Noch scheint es einen, wenn auch vielleicht kleiner gewordenen Raum für Initiative, Risikofreude und Dynamik zu geben. Noch kann sich eine, wenn auch wahrscheinlich abnehmende Mehrheit auf ihr höchst individuelles Glück und Geschick verlassen und bekommt es noch nicht auf den allerdings ständig weiter wuchernden Verwaltungswegen verschrieben.

Doch ganz so in (relativer) Ordnung wie noch vor einigen Jahren scheint die Welt nun auch hier nicht mehr zu sein. Und es lohnt sich vielleicht zu fragen, ob die Zerrüttung Britanniens mit ähnlichen Anzeichen, mit ähnlichen politischen und intellektuellen Strömungen begann, wie man sie im heutigen Westdeutschland ausmachen kann.

Was England auf den abschüssigen Weg brachte, sind im wesentlichen: einige sozialwissenschaftliche Irrtümer mit politischer Relevanz; ein romantischer Proletarienkult unter den Intellektuellen, der in der Annahme gipfelt, Arbeitnehmervertreter seien das personalisierte Gemeinwohl und könnten kraft angeborener Güte niemals eine ihnen zugestandene Macht mißbrauchen; eine Deformierung der liberalen Ideen, die einst das Land reich und seine Bürger frei und, wenn auch gewiß nicht gleichermaßen, wohlhabend gemacht hatten, durch kurzsichtigen politischen Opportunismus. Und ähnliche Zeichen stehen auch hier bereits an der Wand.

Denkfehler und wahrscheinlich auch mangelnde Kenntnis der Praxis wie der theoretischen Literatur haben beispielsweise einst in England die Fabier, jene sozialistischen Intellektuellen, die weit über ihr Ableben hinaus das geistige und damit auch das politische Klima beeinflussten, zu abstrusen Wirtschaftsanalysen verführte, aus denen dann später das bis gestern gültige (und freilich auch jetzt noch nicht ganz korrigierte) Wohlstands-, wettbewerbs- und freiheitsfeindliche Steuersystem der Insel gebacken wurde.

Mit einer ebenso originellen wie falschen Theorie haben die Fabier, die sich gegen Ende des vergangenen Jahrhunderts zu formieren begannen und nicht auf eine proletarische Revolution setzten, sondern auf mähliche Änderung des Systems, zu belegen versucht, daß Gewinne für das Fortkommen einer industriellen Gesellschaft völlig unnütz, ja sogar schädlich seien. Ihre Beweiskette: David Ricardo, einer der berühmtesten unter den vielen berühmten Nationalökonomens Englands, hatte festgestellt, daß Besitzern von Ackerland bester, kundennaher Lage und bester Bonität immer dann ein völlig funktionsloser, durch nichts gerechtfertigter Gewinn, genannt Differentialrente, zufällt, wenn wegen einer steigenden Bevölkerungszahl auch schlechtere und weiter entfernte Böden bewirtschaftet werden müssen.

Denn wegen der höheren Kultivierungskosten und der geringeren Hektar-Erträge dieser weniger fruchtbaren Böden — so Ricardo in seiner bis heute unbestrittenen und wohl auch unbestreitbaren Analyse — steigt der allgemeine Preis der Feldfrüchte, auch der Preis jener Körner, Kartoffeln und Rüben, die auf bestem Land fast von selbst gedeihen und so den Besitzern solcher Grundstücke ein unverdientes, risikoloses Zubrot, eben eine Rente eintragen.

Daraus schlossen schon die frühen Fabier schlicht und allzu kurz, daß die Unternehmergewinne, vor allem die Erträge von Investitionen, ebenso sinnlose Renten seien, die irgendwelchen Kapitalisten zufließen, weil sie eine Gelegenheit ausnutzen könnten, zu der sie selbst nichts beigetragen hätten.

Die Geschichte dieser Theorie, die von der Fachwelt immer nur mild belächelt wurde, ist ein Beispiel dafür, wie die obskuranten Ideen und Heilslehren einer sendungsbewußten Minderheit die Geschicke eines Landes verformen können. Der Weg der Lehre führte erst über die Universitäten, in die frühe Fabier-Jünger einsickerten, dann über die Schulen, die Presse, die Gewerkschaften, die Parteien langsam, aber geradewegs hinunter in die Politik.

Schon seit einigen Jahrzehnten heißen alle Kapitalerträge in England auch allgemein, wie einst von den Fabiern gepredigt, „unearned income“ (unverdientes Einkommen) und werden extra scharf (bislang mit Sätzen bis zu 98 Prozent, künftig 75 Prozent) besteuert — mit der Folge, daß private Investitionen sich trotz einiger Steuer-Schlupflöcher bislang zu selten lohnten, daß mithin der Wohlstand aller, vor allem auch aller Arbeitnehmer nur geringfügig wuchs, daß wenig neue Produktionsunternehmen entstanden, daß mithin die sicherlich immer rare, aber für das Funktionieren des Systems unabdingbare Möglichkeit eines sozialen Aufstiegs etwa vom Facharbeiter oder Handwerker zum Fabrikanten fast total verschüttet wurde.

Ähnliche Mißverständnisse über die Funktion des Marktes, über die Eigenart von Gewinnen und Investitionen wie jene, die Großbritanniens Wirtschaft und Gesellschaft unterminierten, sind auch im heutigen Westdeutschland virulent. An manchen deutschen Universitäten ist der Tatbestand, daß Investitionen immer, weil auf die Zukunft gerichtet, riskant sind und ihre Erträge zunächst nur eine auch enttäuschbare Hoffnung, den Dozenten und mithin erst recht den Studenten ein wahrscheinlich ewig verschlossenes Geheimnis. Unbekannt ist an diesen Studienplätzen das Faktum, daß Investitionen so etwas sind wie Einsätze und die daraus zu ziehenden Profite gleichsam Prämien in einem Spiel, genannt Wett-

bewerb, bei dem ähnlich wie beim Skat oder Poker eine Mischung aus Glück, Geschicklichkeit und Nervenstärke zählt und ähnlich wie dort nur die Aussicht auf einen beim Sieger auch verbleibenden Gewinn geldwerte Einsätze hervorlocken kann.

Daß die Konkurrenz am Markt jedoch anders als Skat oder Poker kein Nullsummenspiel ist, bei dem der eine nur herausholen kann, was der andere verliert, daß dabei also anders als bei derartigen Kartenkünsten manchmal sogar fast alle, vor allem jene, die gar nicht selber aktiv etwas wagen, sondern gegen ein vorher festvereinbartes Entgelt den Risikoträgern helfen, am Ende reicher sind als zuvor — das alles wird an einer gewachsenen Zahl deutscher Hochschulen nicht mehr zur Kenntnis genommen.

Statt dessen blühen dort, wie auch an manchen der um das unscharf definierte Fach Sozialkunde bereicherten Schulen und in anderen, sicher oft kleineren, dafür aber lauten Winkeln der deutschen Gesellschaft merkwürdig mystische Lehren. Ähnlich wie in den Theorien der englischen Fabier existieren danach auf der eigentlich als Paradies konzipierten Erde einige böartige, gesichtslose Wesen, genannt „das Kapital“ oder „die Multis“, die genauso wie ihre britischen Fabelvorgänger im Verdacht stehen, ungerechtfertigterweise einen Goldesel und ein Tischlein-deckdich zu haben. Und der Staat und seine Bürokratie gelten als Retter und Glücksbringer für alles und jeden.

Wie einst in England, als sich dort der Zerschleiß des (ungeschriebenen) Gesellschaftsvertrags anbahnte, wachsen auch im heutigen Westdeutschland ganze Generationen heran, denen die Spielregeln eines solchen funktionsfähigen Paktes gar nicht mehr beigebracht werden. In Vergessenheit geraten dabei so unverzichtbare Spielregeln etwa wie jene, daß keiner von allen anderen, ihm ja persönlich unbekanntem Gesellschaftsmitgliedern die der Kleingruppe vorbehaltene Liebe erwarten darf, das dort vielleicht vorhandene Verständnis oder das, was mit Solidarität gemeint sein mag.

Verdrängt wird, daß jeder statt dessen nur auf die unter Fremden eben üblichen Austausch- und Vertragsbeziehungen zählen kann, nach dem Prinzip: Ich gebe dir, damit du mir gibst. Verschüttet werden Einsichten wie diese, daß uneingeschränkte Macht immer gefährlich ist, auch die unbeschränkte Macht der Mehrheit oder der früher vielleicht Unterdrückten, daß Einzelne, aber auch Gruppen nur dann in hinreichendem Maße von Handlungen, die anderen schaden, abzuhalten sind, wenn sie die Folgen ihrer Taten vor allem selber tragen oder Sanktionen fürchten müssen.

Wie damals in England, als dort die Zerrüttung von Wirtschaft und Gesellschaft begann, grassiert auch im heutigen Westdeutschland, vor allem unter den Intellektuellen, das Vorurteil, ein derartiges Mißtrauen sei zumindest gegenüber einer Gruppe, gegenüber den Gewerkschaften nämlich, unangebracht, ja sogar verwerflich, weil diese Organisationen die wirtschaftlich Schwächeren vertreten und allein deshalb schon ein Anrecht auf die Vermutung hätten, sie könnten nur Gutes tun.

Wie damals in England fordert auch heute in Westdeutschland eine gar nicht so kleine Gruppe von Juristen gemeinsam mit den Gewerkschaften selber Sonderrechte für die Arbeitnehmerorganisationen. Und es ist keineswegs ganz ausgeschlossen, daß diese Lobby eines Tages auch hierzulande ähnlich fatale Erfolge erringen könnte wie einst ihre britischen Vorgänger.

Denn das Chaos in der britischen Arbeitswelt, die ständigen und dazu noch absurden Streiks, das präpotente Gebaren der kleinen und großen Gewerkschaftsfunktionäre, das alles kam wohl nicht wie ein unvermuteter Schicksalsschlag über die einst so effiziente Inselnation. Das alles wurde wohl eher amtlich veranlaßt oder zumindest entscheidend befördert: dadurch, daß Politiker dem Begehren, die Gewerkschaften von sonst allgemein gültigen Regeln per Gesetz zu befreien, schon vor Jahrzehnten willfährig nachkamen.

Und es spricht viel für die Vermutung, daß sich Britanniens Gewerkschaften nur deshalb so gesellschaftsschädlich und so rücksichtslos aufführen, weil sie keine der sonst bei derartigen Verhalten üblichen Sanktionen zu fürchten haben.

Sie dürfen Abmachungen brechen, ohne eine Schadenersatzforderung fürchten zu müssen: Anders als jede Einzelperson oder Körperschaft können Gewerkschaften, die ihren Partnern, also den Unternehmern, irgend etwas, beispielsweise die Einhaltung einer Friedenspflicht, zugesagt haben, dieses Versprechen sofort folgenlos wieder vergessen. Denn durch ein Tarifabkommen werden in der Regel die einzelnen Unternehmer, nicht aber die Gewerkschaften vertraglich gebunden.

Sie dürfen andere Bürger des Landes nötigen, ohne daß ein Gericht sie deshalb bestraft: Britische Gewerkschaften können beispielsweise einen einzelnen Arbeitnehmer mit der Drohung, sonst seine Entlassung zu erstreiken, zur Zahlung von Beiträgen pressen.

Sie dürfen völlig folgenlos auch Dritte, die gar nicht ihre Verhandlungspartner sind, molestieren und ruinieren. Es ist ihnen beispielsweise verstattet, bei einem Unternehmen die Auslieferung von Waren durch Picketing (Aufstellen von Streikposten) zu verhindern, um so eine andere Firma, nämlich jene, die

solche Waren benötigt, für ihre Forderungen kirre zu machen.

Sie dürfen alle nach dem Zivilrecht eigentlich einklagbaren Vermögens- und Nichtvermögensschäden verursachen, ohne daß ein Gericht sie deshalb belangen kann. Kurz: Sie dürfen fast alle Regeln brechen, die für den Zusammenhalt und den sozialen Frieden in einer arbeitsteiligen Industriegesellschaft unabdingbar sind. Und weil sie es dürfen, tun sie es auch — vielleicht nicht immer, doch immerhin oft genug.

Gewiß, derartiges steht hier und heute noch längst nicht ins Land. Doch die liberalen, im übrigen aus dem alten England übernommenen Überzeugungen, denen die Bundesrepublik in den ersten Jahrzehnten der Nachkriegszeit viel und nicht nur Ökonomisches zu verdanken hatte, sind hier wie einst in ihrem Ursprungsland am Schwenden.

Der Zeitgeist ist nicht mehr geprägt von kritischem Rationalismus, sondern von säuerlicher Moral: Bei den gesellschaftlichen Regeln, bei der Schaffung neuer wie bei der Durchsicht alter Gesetze, gilt als wichtigstes nicht mehr die Frage, treffen sie alle Bürger gleich ohne Ansehen des Charakters, der wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Stellung oder der politischen Verbindungen der jeweils Betroffenen? Statt dessen wird immer öfter gefragt: Cui bono, wem nützt es, und nützt es auch wirklich den Gruppen, deren Interessen durch Akklamation das Etikett moralisch oder sozial wertvoll bekamen?

Die politischen Widerstände gegen den Wunsch nach Privilegien für solche Gruppen sind dünner geworden — etwa die Widerstände gegen das von den Gewerkschaften nun dringend geforderte Sonderrecht, daß nur noch sie ihren Vertragspartnern Tort antun dürfen, aber niemand mehr ihnen, daß den Unternehmern die Aussperrung, also jeder aktive Widerstand gegen Streiks, per Gesetz verboten und unter Strafe gestellt werden müsse.

Viele Politiker übernehmen derartige Ziele eifertig und ungeprüft für ihre eigene Fahne, anderen scheint es zumindest nicht opportun, dem Verlangen nach einer als sozial nützlich deklarierten Verschiebung der Machtbalance laut Paroli zu bieten. So ähnlich hat freilich auch seinerzeit im britischen Königreich der Ruin der für offene Gesellschaften wichtigen Regeln angefangen. Und die englischen Erfahrungen in den nächsten Jahren werden weisen, wie schwer es ist, einmal außer Kraft gesetzte Regeln wieder zu etablieren.

SPIEGEL Essay
